



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.14, Februar 1995

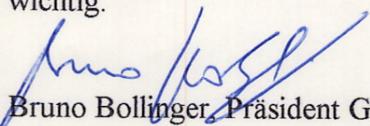
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Das Referendum gegen die Erhöhung des Rentenalters ist erfolgreich zustande gekommen. Am 11. Januar sind in Bern 150'000 Unterschriften (50'000 hätten für das Referendum genügt!) abgegeben worden. Die Abstimmung wird vermutlich am 25. Juni stattfinden. Die Abstimmungskampagne muss aber bereits jetzt beginnen, denn diese Abstimmung wollen und können wir gewinnen! In den nächsten Wochen werden wir auch ein kantonales Komitee gründen.

Unterdessen läuft aber die Unterschriftensammlung für die Auffanginitiative weiter. Diese Initiative ist genauso wichtig wie das Referendum, denn wir wollen die Fortschritte der 10.AHV-Revision (Splitting und Erziehungsgutschriften) unbedingt retten. **Bitte unterschreibt die Initiative auf beiliegender Karte und schickt sie sofort ein!**

Am Abstimmungswochenende vom 11./12. März werden wir Unterschriften sammeln:
Wer mitmachen kann, soll sich bei mir melden (Tel. 31 89 13)!

Auch im Kanton Zug wird von verschiedenen Seiten versucht, die Ladenöffnungszeiten zu flexibilisieren. In Baar zum Beispiel kann die OK Coop AG ihren Laden von 6 bis 22 Uhr offenlassen, dies obwohl das in Baar gültige Ladenöffnungsgesetz vorschreibt, dass die Laden wohl um 6 Uhr geöffnet werden dürfen, jedoch spätestens um 19 Uhr geschlossen werden müssen. Das Bundesgericht hat aber anfangs Januar ein anderslautendes Urteil gefällt, so dass eine Ladenöffnungszeit bis 22 Uhr auch in Baar legal ist. Anfangs Dezember kamen auch die Öffnungszeiten an Sonn- und Ruhetagen zur Diskussion, konkreter Anlass war "Marias Empfängnis" am 8. Dezember. Wir müssen darauf achten, dass diese Regelungen nicht einfach als "alter Zopf" abgeschnitten werden. Die Ladenöffnungszeiten dienen als gesetzliche Leitplanke zum Schutze der in diesem Bereich arbeitenden. Da gerade in der Verkaufsbranche die vertraglichen Regelungen nicht die besten sind, sind gesetzliche Schutzbestimmungen sehr wichtig.



Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtige Daten zum Vormerken:

28. März 1995: **GBZ-Delegiertenversammlung**

Die offizielle Einladung wird anfangs März mit dem Jahresbericht 1994/95 verschickt.
(Antragsfrist für die Gruppen und Sektionen: 15. März 1995)

1. Mai 1995: **1. Mai - Fest** (16.00 - 20.00 Uhr)

3. Oktober 1995: **GBZ-Apéro mit den Kollegen Regierungsräten**

Das GBZ-Info geht an:

alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Urs Birchler ist Zuger Landamann

Der GBZ-Präsident wurde am 15. Dezember 1994 zur Landamannfeier in Hünenberg eingeladen. Die Grussbotschaft "im Namen des GBZ" wurde zwar vorbereitet, konnte aber nicht gehalten werden, weil das Programm keine solchen Dankessagungen vorsah. Um sie nicht ganz vergeblich verfasst zu haben, bringen wir sie im GBZ-Info, um so auch bei dieser Gelegenheit Urs Birchler zu seiner Wahl als Zuger Landamann zu gratulieren.

"Lieber Urs

Im Namen des Zuger Gewerkschaftsbundes gratuliere ich Dir zur Wahl zum Landamann.

Gleichzeitig möchte ich Dir im Namen der Zuger Gewerkschaften auch danken für die Unterstützung, die Du uns immer wieder gegeben hast.

Und mit Unterstützung meine ich nicht nur das jeweilige Erfüllen der Repräsentationspflicht an der Generalversammlung. Mit Unterstützung meine ich Deine Teilnahme - meistens zusammen mit Hanspeter Uster - an verschiedenen Diskussionen und Solidaritätsveranstaltung. Erinnern möchte ich an die Veranstaltung als die Landis & Gyr Massenentlassungen angekündigt hat. Mit Deiner aktiven Teilnahme hast Du den Betroffenen nicht nur gezeigt, dass Mitglieder der Regierung die Angelegenheit ernst nehmen, sondern sie ganz konkret Deine Solidarität spüren lassen.

Die Ergebnisse der diesjährigen Lohnrunde zeigen uns, dass es nur dort, wo mit den Gewerkschaften verhandelt worden ist, zu besseren Resultaten für die Lohnabhängigen gekommen ist. Aber nur dort, wo die Gewerkschaften mit Aktionen Druck gemacht haben, - wie im Baugewerbe - ist es zu guten Resultaten gekommen.

Um die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, werden wir Gewerkschaften in Zukunft nicht darum herum kommen, vermehrt Aktionen durchzuführen.

Dabei hoffe ich mir, dass auch der Kollege Landamann - dort wo es nötig sein wird - mit seiner Teilnahme Solidarität und Unterstützung bringen wird.

Danke!"

Zum Jahresanfang hat der GBZ folgende Stellungnahme veröffentlicht, die in den Zuger Nachrichten sowie in der Zuger Zeitung gekürzt abgedruckt worden ist.

1995: Bessere Zeiten für die Lohnabhängigen?

Die diesjährige Lohnrunde ist fast überall abgeschlossen. Die Resultate sind für die Arbeitenden zwar besser als im letzten Jahr, jedoch alles andere als befriedigend. Die Teuerungsverluste der letzten Jahre werden nicht kompensiert. Und wenn wir bedenken, dass 1995 die Arbeitslosenversicherung teurer und die Mehrwertsteuer voll auf die Preise überwälzt wird, dann brauchen wir keinen Computer um auszurechnen, dass die Lohnabhängigen 1995 nominal weniger Lohn auf dem Konto haben werden.

Fast in allen Branchen wird aber festgehalten, dass es wieder aufwärts geht. Die Landis & Gyr vermeldet sogar einen Rekordgewinn (zum ersten mal ist in der Firmengeschichte die 100 Millionen-Marke überschritten worden). Die Aktionäre werden denn auch mit einer Dividendenerhöhung belohnt. Bloss die Angestellten, die einiges zu diesem guten Abschluss beigetragen haben, erhalten - wenn es gut geht - den Teuerungsausgleich.

Nur dort, wo mit Arbeitnehmer-Vertretungen und mit den Gewerkschaften verhandelt worden ist, sind bessere Resultate erzielt worden. Aber nur dort, wo die Gewerkschaften Druck gemacht und die Basis mobilisiert haben - wie im Baugewerbe -, sind gute Resultate erreicht worden.

Einige Gedanken müssen wir uns auch zum Thema "riskante Geschäfte" machen. Die Firma Crypto lässt ihren im Iran verhafteten Mitarbeiter Bühler fallen wie eine heisse Kartoffel. Die Landis & Gyr entlässt fristlos ihren Finanzchef Follpracht, weil er Pensionskassengelder verspekuliert hat. Können die Firmenleitungen sich auf diese Weise ihrer Verantwortung entziehen? Handelten diese "Mitarbeiter" nicht im Sinne der Firma, zumindestens solange es rentierte? Was ist das für eine rücksichtslose Managerkultur, bei der - wenn es schief geht - nur Sündenböcke die Konsequenzen tragen?

Als Gewerkschaften sind wir nicht nur darüber besorgt, dass schlussendlich wieder die Arbeitenden für die skrupellose Profitgier der Firmaleitung bezahlen müssen. Wir fragen uns auch, wieviele Arbeitsplätze mit den verspekulierten Millionen - zum Beispiel via Arbeitszeitverkürzung - in der Landis & Gyr hätten erhalten werden können.

Aber über unfähige Manager zu lamentieren ändert nicht viel. Die Werk tätigen müssen erkennen, dass sie sich wieder vermehrt in der Gewerkschaft organisieren müssen, wenn sie wollen, dass ihre Rechte und Interessen auch effizient verteidigt werden. Denn gerade das Fehlen des Druckes einer gut organisierten Belegschaft, nützen viele Unternehmer aus, um sich ihrer sozialen Verantwortung zu entledigen.

L&G- Chef Willy Kissling kommt übrigens auch in Wirtschaftskreisen immer mehr unter Beschuss. So hat der PR-Berater Klaus J. Stöhlker in der Februar Ausgabe von "Bilanz" die Kommunikationsfähigkeit von W.Kissling kritisiert, der zu einem "Symbol des Untergangs des Werkplatzes Schweiz" geworden sei. Drei Manager-Kapitalfehler hätte er gemacht: Die Stadt und den Kanton verunsichert, **die Mitarbeiter aller Stufen einem Dauerstress ohne Visionen ausgeliefert** und Fehler im Konzern ermöglicht und auf diese falsch reagiert.

Wer ist schuld an der Politikverdrossenheit und an den vielen Gesetzen?

"Zuger Gewerbe aktuell" heisst eine Zeitschrift, die der Zuger Gewerbeverband regelmässig herausgibt. Kein Vergleich mit dem "GBZ-Info", denn sie kommt als gedruckte Zeitschrift daher und nicht als "bessere Kopie". In der Dezemberrnummer wurde unter anderem eine Bilanz der Zuger Wahlen gemacht und verschiedene Politiker nach ihrer Meinung gefragt.

Der FDP-Nationalrat Georg Stucky analysierte die Gründe, wieso die PolitikerInnen beim Volke immer mehr in Misskredit geraten. Richtigerweise stellt Stucky fest, dass einerseits das Parlament oft den Volkswillen nicht respektiert und andererseits Bundesrat und Parlament viele vor der Abstimmung abgegebene Versprechen nicht einhielten. Dies führe dazu, dass die PolitikerInnen als solche bei der Bevölkerung einen immer schlechteren Ruf haben. Und wer ist daran schuld? Natürlich die Linken und die Grünen! Und selbstverständlich auch die Medien, allen voran Radio und Fernsehen mit ihren linkslastigen Redaktoren, die aus dem versteckten heraus, Politik betreiben. Ein Beispiel gefälligst: "Wer die Linkslastigkeit bezweifelt, soll einmal nachzählen, wie oft H.P.Uster in den DRS-Medien erschien gegenüber z.B. der ersten Regierungsrätin Ruth Schwerzmann!". So einfach ist es, zu "beweisen", wie links Radio und Fernsehen sind.

Auf der nächsten Seite der gleichen Nummer vom "Zuger Gewerbe aktuell" befasst sich der Baarer Generalunternehmer Alfred Müller mit dem Thema Deregulierung. Indirekt, denn wir nehmen nicht an, dass er Stuckys-Artikel vorher gekannt hat, gibt es Nationalrat Stucky klar Antwort: "Was ein echter Politiker ist, ist um eine klare Schuldzuweisung für den mittlerweile undurchdringlich gewordenen Gesetzesdschungel nicht verlegen: die "Linken". Zuerst brocken sie uns die unmöglichsten Gesetze ein, und nun verhindern sie den dringend nötigen Abbau. So weit, so gut, wäre da nicht die Krux mit den Mehrheiten in den Parlamenten. Oder stimmt es etwa nicht, dass die "Rechten" in allen massgebenden Räten seit Jahren über komfortable Mehrheiten verfügen? Wer hat wohl was beschlossen?"

Diese Schuldzuweisung an diejenigen, die sich gegen die Macht - und Kapitalbesitzer einsetzen, kennen auch die Gewerkschaften sehr gut. Sie gelten für viele als konservative Organisationsen, die, um "ihre Pfründe" zu verteidigen, an veralteten Konzepten der vertraglichen Regulierung festhalten. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist es aber immer noch, den kollektiven Schutz der Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen zu gewährleisten. Das beste Mittel hierzu sind nach wie vor die Gesamtarbeitsverträge. Bessere Mittel, um die minimalen Bedingungen, die für alle gelten, also vor allem dem Schutz der Schwächeren dienen, kennen wir leider nicht. Und wir dürfen dabei auch nicht vergessen, dass die GAV in den früheren Jahren durch die Gewerkschaften gegen den zum Teil heftigen Widerstand der Arbeitgeber erkämpft werden mussten. Wir erleben heute das Umgekehrte mit den "Gasseristen", die überhaupt keine Gesamtarbeitsverträge mehr einhalten wollen. Das Ergebnis ist nicht nur, dass sie mit den Leute machen können, was sie wollen. Die fehlenden sozialen Schranken ermöglichen ein Missmanagement, das in den wirtschaftlichen Ruin führt.

Wenn nun "sture" gesetzliche Regelungen betreffend Arbeitszeiten (z.B. Ladenöffnungszeiten) dereguliert und flexibilisiert werden sollen, dann haben die Gewerkschaften nichts dagegen, **wenn klare gesamtarbeitsvertragliche Schutzbestimmungen** vorhanden sind, die verhindern, dass die Beschäftigten in diesen Bereichen der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert sind. Das gleiche gilt für die Flexibilisierung der Arbeitszeit: **Wenn garantiert ist, dass die betroffenen Lohnabhängigen bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit mitzureden haben**, dann sind die Gewerkschaften nicht grundsätzlich gegen die Aufhebung der starren Arbeitszeiten!